

<b>Antrag</b>	Datum:	10.12.2015
Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>		
<b>Dr. Wolfgang Nitzsche (Präsident der Bürgerschaft)</b> <b>Erste Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der</b> <b>Hansestadt Rostock</b>		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
02.03.2016	Bürgerschaft	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Bürgerschaft beschließt die Erste Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock lt. Anlage.

**Beschlussvorschriften:**

§ 22 Abs. 6 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V)

**bereits gefasste Beschlüsse:**

2014/AN/0301 vom 03.12.2014

**Sachverhalt:**

Mit dem Beschluss der Bürgerschaft Nr. 2015/AN/1243 vom 04.11.2015 zur Änderung der Hauptsatzung in § 2 Abs. 4 bezüglich der Einwohnerfragestunde ist die Geschäftsordnung in § 11 zu ändern.

Zur besseren Übersichtlichkeit beim Auszählen der Stimmen wird die Einführung einer Stimmkarte geregelt. Die Stimmkarte wird vor jeder Sitzung ausgegeben und nach jeder Sitzung wieder eingesammelt. Die Änderungen beziehen sich auf die §§ 23 und 24 der Geschäftsordnung.

Die Änderungen wurden in der Sitzung des Präsidiums am 11.01.2016 bestätigt.

**Finanzielle Auswirkungen:**

keine

Dr. Wolfgang Nitzsche  
Präsident

**Anlage:**

# Erste Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock

## Erste Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock

Auf der Grundlage des § 22 Absatz 6 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) vom 13. Juli 2011 (GVObI. M-V S. 777) hat die Bürgerschaft in ihrer Sitzung am folgende Erste Änderung der Geschäftsordnung beschlossen:

### § 1 Änderungen

Die Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock vom 10. Dezember 2014 wird wie folgt geändert:

1. § 11 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

„(4) <sup>1</sup>Fragen, Vorschläge und Anregungen können auch mündlich vorgetragen werden. <sup>2</sup>Die Einwohnerinnen melden sich zwei Tage vor der Sitzung unter Angabe des Gegenstandes bei der Präsidentin. <sup>3</sup>Die Präsidentin kann Ausnahmen zulassen, wenn die Einhaltung der Frist wegen Dringlichkeit nicht möglich war. <sup>4</sup>Fragen, die in der Sitzung nicht beantwortet werden können, sind innerhalb eines Monats schriftlich zu beantworten.“

2. § 23 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

„(2) <sup>1</sup>Nach Beginn der Abstimmung sind keine Anträge und Erklärungen mehr zugelassen. <sup>2</sup>Es wird offen mit Stimmkarte abgestimmt. <sup>3</sup>Die Reihenfolge der Abstimmung wird durch die Präsidentin bekannt gegeben. <sup>4</sup>Liegen zu den Tagesordnungspunkten Änderungsanträge vor, wird zuerst über den abgestimmt, der vom Antrag am weitesten abweicht. <sup>5</sup>Bei Änderungsanträgen mit finanziellen Auswirkungen haben diese den Vorrang. <sup>6</sup>In Zweifelsfällen entscheidet über die Einordnung dieser Anträge die Präsidentin der Bürgerschaft.“

3. § 24 Abs. 6 wird wie folgt geändert:

„(6) <sup>1</sup>Über die Wahlvorschlagslisten der Fraktionen und Zählgemeinschaften stimmt die Bürgerschaft in einem Wahlgang ab. <sup>2</sup>Es wird offen mit Stimmkarte abgestimmt. <sup>3</sup>Die Wahlstellen werden entsprechend den auf die Listen entfallenen Stimmenzahlen besetzt. <sup>4</sup>Bei Bedarf entscheidet das Los.“

### § 2 Inkrafttreten

Die Erste Änderung tritt mit Beschlussfassung in Kraft.

Rostock,

Dr. Wolfgang Nitzsche

Präsident der Bürgerschaft